

Dieselpartikelfilter

Beitrag von „Lollo050968“ vom 3. Februar 2005 um 14:28

ftd.de, Do, 3.2.2005, 7:52, aktualisiert: Do, 3.2.2005, 12:30

Länder sperren sich gegen Rußfilter-Förderung

Von Kai Beller, Berlin

Die Bundesregierung muss bei den Ländern noch viel Überzeugungsarbeit leisten, um die steuerliche Förderung von Diesel-Pkw mit Rußfiltern durchzusetzen. Die Länderfinanzminister wollen keine Einnahmeausfälle hinnehmen.

Hartmut Möllring, Finanzminister in Hannover, warf der Regierung eine Politik nach "Gutsherrenart" vor. "Die Bundesregierung verlangt ohne weitere Absprache, dass wir die Kosten für Steuerausfälle tragen", sagte der CDU-Politiker der "Neuen Presse" in Hannover. "Völlig ausgeschlossen, dass die Länder mitmachen." Sein bayerischer Kollege Kurt Faltlhauser sagte, die Bundesregierung wolle Steuergeschenke in Höhe von 1,5 Mrd. Euro auf Kosten der Länder verteilen. "Hierzu gibt es ein klares Nein aus Bayern."

Die Bundesregierung will ab 2006 Diesel-Pkw mit Rußpartikelfiltern steuerlich fördern. Die Förderung fällt allerdings geringer aus als ursprünglich geplant. Neufahrzeuge mit Filter sollen bei der Kraftfahrzeugsteuer mit 350 Euro, die Nachrüstung von gebrauchten Autos soll mit 250 Euro. Auch wer in diesem Jahr ein Dieselfahrzeug anschafft, soll von der Regelung profitieren.

Umweltminister Jürgen Trittin hatte ursprünglich eine wesentlich höhere Förderung geplant. Neuwagen sollten mit 600 Euro und Nachrüstungen mit 300 Euro gefördert werden. Finanzminister Hans Eichel hatte eine Förderung aber stets abgelehnt. Er will von den Ländern die Zuständigkeit für die Kfz-Steuer im Austausch gegen die Versicherungssteuer übernehmen. Bereits absehbare Einnahmeausfälle kämen ihm ungelogen.

Finanzminister verlangen Ausgleich

An der Länderzuständigkeit könnten die Pläne nun scheitern. Vor allem deren Finanzminister fürchten Einnahmeausfälle. Baden-Württembergs Finanzminister Gerhard Stratthaus von der CDU sagte der FTD, er habe prinzipiell nichts gegen die Steuervergünstigungen, es dürften nur keine Einnahmeverluste entstehen. Auch sein nordrhein-westfälischer SPD-Kollege Jochen Dieckmann will die Pläne nur mittragen, wenn sie sich aufkommensneutral verwirklichen lassen. Der rheinland-pfälzische Finanzminister Gernot Mittler von der SPD begrüßte die Pläne, verlangte aber zugleich eine "faire Kompensation für die Einnahmeausfälle der Länder".

Das Bundesumweltministerium geht jedoch davon aus, dass den Ländern keine Einnahmeausfälle entstehen. Durch den erwarteten massenhaften Umstieg auf Dieselfahrzeuge werde es zu Mehreinnahmen bei der Kfz-Steuer kommen. Umweltminister Jürgen Trittin sagte

dem Nachrichtensender N-TV, dass die Länder bis 2015 Mehreinnahmen von mehr als 11 Mrd. Euro durch den Wechsel auf Dieselfahrzeuge zu erwarten hätten. "Da machen sich 1,5 Mrd. steuerliche Erleichterung für umweltbewusste Käufer nun in der Summe nicht negativ bemerkbar."

ADAC und Umweltverbände kritisieren Fördersummen

Ob es zu diesem massiven Umstieg kommt und eine vergleichbare Entwicklung wie bei der Einführung des Katalysators eintritt, ist umstritten. In seltener Einigkeit kritisierten Umweltverbände und der ADAC die Fördersummen als zu niedrig. Greenpeace-Verkehrsexperte Günter Hubmann bezeichnete vor allem die Förderung der Nachrüstung mit 250 Euro als Witz. Da die Umrüstung insgesamt 1000 Euro koste, sei der Anreiz zum Umstieg gering.

Die Autoindustrie begrüßte die Pläne dagegen. Volkswagen kündigte an, ab Frühsommer den Golf auf Wunsch auch mit Rußfilter auszurüsten. Zudem werde VW auch für alte Modelle die Möglichkeit zur Nachrüstung schaffen, sagte ein Konzernsprecher der "Berliner Zeitung". Das Unternehmen galt als Bremser der Förderpläne. Anders als der französische Hersteller Peugeot-Citroen hatten die Wolfsburger lange Zeit keine Partikelfilter im Angebot.

© 2005 Financial Times Deutschland , © Illustrationen: AP, FTD/ur, Quelle: Automobilrevue

,  Schauen wir mal

Lollo